

## **Bündnis 90 / Die Grünen, Ortsverband Hungen**

**Pressemitteilung vom 26. November 2018**

### **Von Straßenbeiträgen und Freibier für alle**

Hungener Grüne diskutieren über Bürgerbegehren gegen wiederkehrende Straßenbeiträge.

Gleich zu Beginn des auf drei Stunden angesetzten Treffens verweist der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stadtparlament, Wolfgang Macht, auf die finanzielle Situation der Stadt: „Wenn eine Stadt mehr als 25 Millionen Schulden hat, dann ist ein erwirtschafteter Jahresüberschuss von etwa 0,25 Millionen kein Grund auf mögliche Einnahmen zu verzichten. Das Thema Straßenausbaubeiträge kann nur im Rahmen der gesamten Planung für Ein- und Ausgaben – also des Haushaltsplans - diskutiert werden.“ Einige in der Runde sind sich sicher, dass der große Erfolg des Bürgerbegehrens einfach auf einem Missverständnis beruht. Es geht dabei gar nicht um die Abschaffung der Straßenbeiträge. Das wäre eine politische Entscheidung, die nur im Stadtparlament beschlossen werden kann. Es geht „nur“ darum den Beschluss des Stadtparlaments zu kippen, mit dem wiederkehrende Straßenbeiträge eingeführt wurden. Wird in dem danach zu organisierenden Bürgerentscheid diesem Begehren zugestimmt, so ändert sich an den Einnahmen der Stadt überhaupt nichts – und übrigens auch nichts an den Kosten zum Erhalt der Infrastruktur. Dann gilt wieder die alte, unsoziale Satzung. Dann werden wieder Bescheide über gelegentlich ruinöse Beträge an die Anwohner verschickt, wenn Straßenabschnitte grundhaft erneuert wurden. Genau das wollte seit Ende September 2017 nach dem von mehreren hundert Hungenern besuchten Informations-Abend der Stadt niemand mehr haben.

Auf der Suche nach Gründen für diesen Aufschrei per Bürgerbegehren geriet in der Runde der Hungener Grünen vor allem der Fragebogen zur Festsetzung der Straßenbeiträge ins Visier. Mit klassischen Mitteln der Verwaltung wurden hier Dinge abgefragt, die mit allem, nur nichts mit der Belastung des Hungener Straßennetzes zu tun haben. Grundstücksgröße und Geschossezahlen sagen nichts aus darüber, ob hier täglich 10 Autos zum Arbeitsplatz rollen oder ein Ehepaar ohne Führerschein seinen

Lebensabend verbringt. Durch Einbeziehung der Geschosshöhen sind jetzt plötzlich Besitzer von Hofreiten schwer betroffen. Die sind besonders oft in den Stadtteilen anzutreffen, wo andererseits niemand auf die Idee käme, Scheunen in Mehrfamilienhäuser umzuwandeln. Hier ist Ungerechtigkeit nicht nur gefühlt, sondern real. Zu guter Letzt machten noch irgendwelche Zahlen die Runde, die mit denen, die auf dem genannten Info-Abend der Stadt nie zur Diskussion standen. Laut Bericht einer Gießener Tageszeitung war dort von jährlichen Belastungen in Höhe von 56,- Euro für ein typisches Grundstück mit 650 Quadratmetern (in Nidda) die Rede.

Die Grünen schlagen vor, vor einem möglichen Termin für den Bürgerentscheid andere Berechnungsverfahren zu prüfen. Die zu erwartenden Beiträge für die wiederkehrenden Straßenbeiträge sollen an konkreten Beispielen transparent errechnet werden. Das Erhebungsverfahren muss unbürokratisch und entsprechend kostengünstig sein. Es sollte möglichst auf Informationen beruhen, die in der Verwaltung z.B. zur Erhebung der Grundsteuer ohnehin vorliegen. Letztlich muss die Höhe der zu erhebenden Beträge einfach nachvollziehbar, unbürokratisch zu ermitteln und niedrig sein. Straßenbeiträge quasi als Flat-Tax, ohne großen bürokratischen Aufwand, fair und niedrig, könnten bei einem möglichen Bürgerentscheid eine echte Alternative sein.

Straßenbeiträge abzuschaffen ist bei der gegebenen Haushaltslage nicht das Thema. Seit Jahren fordern die Grünen unter dem Stichwort „Bürgerhaushalt“ die jährliche Veröffentlichung einer Broschüre, mit der die Einwohner der Stadt in vereinfachter Form sehen können, wo das (ihr) Geld bleibt. Die Langform der Haushaltssatzung steht mit 550 Seiten zwar auf der WebSite der Stadt zum Download bereit, ist aber ohne Fachkenntnisse kaum zu lesen. „Woher sollen die Bürger denn wissen, was die Stadt in konkreten Zahlen für sie tut“, fragt Volker Scherer, Stadtverordneter für die Grünen in Hungen „Der Zuschussbedarf für die Kindergärten liegt aktuell bei 2,9 Millionen Euro pro Jahr, danach kommen die Aufwendungen für die Feuerwehren. Sollen wir hier Geld für den Straßenbau wegnehmen? Oder vielleicht die Hundesteuer verdoppeln? Das kann's nicht sein. Wir alle brauchen die Infrastruktur. Das ist eine Aufgabe der Gemeinschaft und die muss von der Gemeinschaft gelöst werden. Auch Freibier für alle muss jemand bezahlen.“

Am Ende der über dreistündigen Beratungen steht der Wunsch der Grünen an die Verwaltung, andere Wege zur Erhebung der Straßenbeiträge zu prüfen. Nach einem möglichen Bürgerentscheid sollen nicht wieder ein paar Wenige von den nach altem Muster erhobenen Straßenbeiträgen die Zeche für alle zahlen. Diese neuen Wege sollten dann rechtzeitig in einer erneuten Bürgerversammlung vorgestellt werden.

**Verantwortlich:**

Gerhard Weissler

-Schriftführung-

Bündnis 90 / Die Grünen

Ortsverband Hungen

Robert-Koch-Straße 20

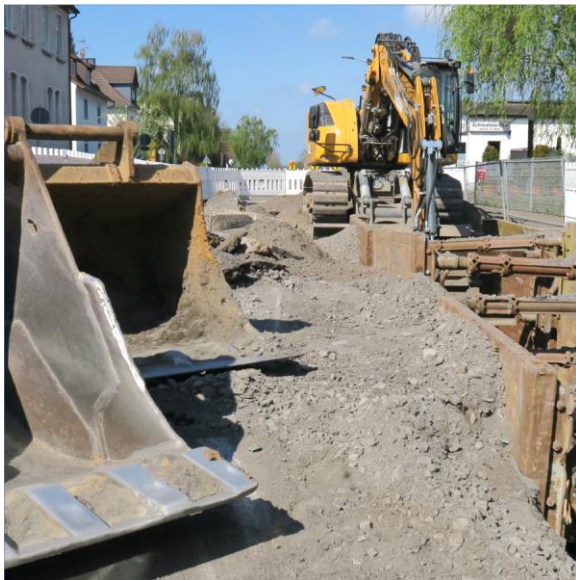
35410 Hungen

Telefon: 06402-7600

E-Mail: [webmaster@gruene-hungen.de](mailto:webmaster@gruene-hungen.de)

Twitter: @GrueneHungen

Beigestelltes Foto:



Quelle: Die Grünen, Hungen/Gerhard Weissler